



Nr. 29.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Veröffentlichungsweg: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einfache Seite 12 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Restanten 30 und 35 Pfg. Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Preis pro Seite 9.

Montag, den 4. Februar 1918.

Bezugpreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 1.95 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortbezirk Mk. 1.85, im Fernortbezirk Mk. 1.95, Bestellschein in Württemberg 30 Pfg.

Die Ukrainer gegen die Gewaltpolitik der Maximalisten.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche amtliche Meldung.

(WB.) Großes Hauptquartier, 3. Februar. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz: Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht: An der flandrischen Front kam es am Nachmittag zwischen dem Houthousterwalde und der Ys zu lebhaften Artilleriekämpfen. Auch in der Gegend von Lens, beiderseits der Scarpe und westlich von Cambrai lebte die Feuerfähigkeit zeitweilig auf. Bei Monchy wurde ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer abgewiesen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht: Im Duse-Wisnekanal ließen die Franzosen bei einem gescheiterten Unternehmen Gefangene in unserer Hand. Längs der Millette, im Abschnitt von Reims, auf den Maasshöfen und am Hartmannsweiler-Lopf vielfach Artillerietätigkeit. Unsere Infanterie brachte von Erkundungen auf dem Ostufer der Maas und nördlich von Ladonville einige französische Gefangene zurück.

Italienische Front: Lebhafter Feuerkampf auf der Hochfläche von Asiago.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Mieberangriffe auf Paris.

(WB.) Paris, 4. Febr. (Ag. Havas.) Bei den Luftangriffen am 30. und 31. Januar wurden in Paris 33 Personen getötet, darunter 11 Frauen und 2 Kinder, und in der Banneville 16, darunter 3 Frauen und 3 Kinder. Verletzt wurden in Paris 134 Personen, darunter 50 Frauen und 10 Kinder, und in der Banneville 72, darunter 38 Frauen und 7 Kinder.

Neue U-Bootserfolge.

(WB.) Berlin, 2. Febr. (Amtlich.) Nicht unter der englischen Ostküste wurden durch unsere U-Boote bei harter Bewachung und Gegenwirkung kürzlich sechs Dampfer, sowie der englische Schlepper „Desire“ mit zwei Motorleichtern versenkt. Die Dampfer waren fast durchweg tiefbeladen, einer von ihnen mit Holz.

(WB.) Berlin, 4. Febr. (Amtlich.) U-Bootserfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 Br.-R.-Tonnen. Die Schiffe waren fast alle tief beladen und wurden zum größten Teil im Aermellkanal vernichtet. U. a. wurde hier ein großer Frachtdampfer in gewandtem Angriff aus einem Geleitzug herausgeschossen. Namentlich festgesetzt konnte der englische Dampfer „Sunserve“ (3063 To.) werden.

Der Chef des Admiralsrats der Marine.

(WB.) Berlin, 2. Febr. Von den Schiffen, die an der englischen Ostküste versenkt worden sind, darf gegenwärtig vermutet werden, daß sie hauptsächlich dem Verkehr mit Skandinavien dienen. Im Handel mit Skandinavien besaß früher die englische Holzfuhr hervorragende Bedeutung. Großbritannien hat wenig Wälder, braucht aber viel Holz zum Abfeilen seiner Kohlen- und Erzgruben, sowie zum Barackenbau. Der Mangel an Schiffsraum hat auch diese Rohstoffquelle verstopft. Das Holzgeschäft schreibt ein englisches Fachblatt am 15. Dezember, hat sich so sehr verschlechtert, daß es schlimmer nicht ausfallen kann. Laut „Handelsblatt“ vom 16. Januar ging die englische Erdenholzfuhr 1917 auf 0,75 Millionen Lasten zu je 1,4 Kubikmeter zurück, gegen 1,4 Millionen Lasten im Jahre 1916 und 1,75 Millionen Lasten im Jahre 1913. Anderes Holz kommt noch weniger hinein. Die schwedischen Dörselieferungen haben aufgehört. Nur Norwegen und Frankreich schicken noch. Da diese Einfuhr aber nicht entfernt zur Deckung des englischen Bedarfs genügt, stellte Lloyd George schon im ver-

Oberst House über die Lage der Alliierten.

(WB.) Berlin, 4. Febr. Ein Londoner Gewährsmann der „Bost. Ztg.“ will berichten können, daß nach seiner Rückkehr aus Europa Wilsons Vertrauter, Oberst House, erklärte, die Lage in Europa sei gefährlich für Amerika. Die Forderungen der Alliierten könne Amerika nicht erfüllen. Die zentrale Organisation fehle den Alliierten vollständig und führe dazu, daß sie sicher den Krieg verlieren würden. Die Mehrheit des Senatsausschusses bezw. der Regierung verlange nun eine Kontrolle der Alliierten.

gangenen Frühjahr sein inzwischen fehlgeschlagenes Holzprogramm auf. Die einzig bekannt gewordene Wirkung dieses Programms ist, daß die schönen Wälder von Südwales verschunden sind.

(WB.) Berlin, 2. Febr. Nicht unter der englischen Ostküste wurden durch unsere U-Boote bei harter Bewachung und Gegenwirkung kürzlich sechs Dampfer, sowie der englische Schlepper „Desire“ mit zwei Motorleichtern versenkt. Die Dampfer waren fast durchweg tiefbeladen, einer von ihnen mit Holz.

(WB.) London, 3. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Der bewaffnete englische Truppentransportdampfer „Louvain“ wurde im östlichen Mittelmeer am 21. Januar torpediert und ist gesunken. 17 Offiziere und 217 Mann sind ertrunken. (Schon gemeldet.)

(WB.) Kopenhagen 1. Febr. „Elstrabladet“ meldet aus Christiania: Seit Beginn des uneingeschränkten Unterseebootkrieges sind 334 norwegische Schiffe versenkt worden und 633 Personen umgekommen. Seit Kriegsbeginn bis jetzt sind 413 norwegische Schiffe verloren gegangen und 875 Mann umgekommen.

(WB.) Fern, 2. Febr. Der „Progres de Lyon“ meldet aus Lissabon: Ein spanisches Patrouillen-schiff rettete in der Nähe von Cap Roca die Besatzung des 140 Meilen von Lissabon versenkten portugiesischen Dampfers „Neptuno“, der mit Waren und Lebensmitteln nach Funchal unterwegs war.

Ein großes englisches Kriegsschiff gesunken?

(WB.) Frankfurt a. M., 3. Febr. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Haag: Hier ist die von neutraler Seite stammende Nachricht eingetroffen, daß am 26. Dezember ein großes englisches Kriegsschiff, das von einigen Torpedojägern begleitet war, in der Nähe des Kriegshafens im Firth of Forth auf eine Mine gelaufen und gesunken ist.

Die Frage der Selbständigkeit der Ukrainer.

Am Freitag wurde in Breslau eine Voll-sitzung abgehalten, in der unter Teilnahme sämtlicher Abordnungen der Parteien über die Stellungnahme der beteiligten Regierungen zu der ukrainischen Zentralrada (bürgerliche Regierung) endgültig Aufklärung geschaffen werden sollte. Neben den Vertretern der Vierbundmächte und der russischen Regierung waren auch zwei Abordnungen der Ukraine anwesend, und zwar Vertreter der Zentralrada von Kiew, sowie Vertreter des ukrainischen Volksziehungsausschusses der Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte. Der Vertreter der bürgerlichen Regierung der Ukraine wies darauf hin, daß schon am 7. November die Zentralrada die ukrainische Republik proklamiert

habe, und daß diese sowohl durch den Rat der Volkskommissare als auch durch die Vierbundmächte anerkannt worden sei. Wenn die ukrainische Republik zuerst den Gedanken gehabt habe, an einem Bund von Republiken des ehemaligen russischen Kaiserreiches teilzunehmen, so habe sie diesen Gedanken fallen lassen müssen, weil sie gezeigt habe, daß trotz aller Versuche der ukrainischen Regierung in dieser Richtung ein bundesstaatliches Organ in diesem Sinne nicht zustande zu bringen war. Die ukrainische Regierung habe dann erklärt, daß sie mit allen angrenzenden Staaten in Frieden und Freundschaft leben wolle, daß sie aber keinem einzigen von ihnen gestatte, sich in das innere Leben der selbständigen ukrainischen Republik einzumischen. Der Vertreter der Zentralrada stellte dann fest, daß der Exekutiv-ausschuß in Charkow, der von den Arbeitern und Soldaten gebildet sei, nicht berechtigt sei, die Ukraine zu vertreten, und wies darauf hin, daß weder die Moldau noch die Krim, noch die Donkosaken, noch die kaukasischen Völkerstämme, noch Sibirien die Regierung des Rates der Volkskommissare anerkennen, also habe eigentlich die Abordnung der Petersburger Regierung nicht einmal das Recht, für Rußland zu sprechen, und an den Verhandlungen teilzunehmen. Um nun die Kompetenzstreitigkeiten zu vermeiden, schloß die Abordnung der bürgerlichen Regierung der Ukraine vor, die ukrainische Republik als einen durchaus selbständigen und von niemand abhängigen Staat anzuerkennen, und damit endgültig deren internationale Stellung als auch die Berechtigung der ukrainischen Abordnung selbst sicherzustellen. Gegen diese Auffassung der staatsrechtlichen Stellung der Ukraine nahm nun auf die Aufforderung Trochys hin der Vertreter der ukrainischen Maximalisten Stellung. Er erklärte, daß das ukrainische Volk irgend welche Uebereinkommen und Verträge, die die bürgerliche Zentralrada schließe, nicht anerkennen werde, wenn sie nicht durch die Abordnung der bundesstaatlichen russischen Republik anerkannt und unterzeichnet würden. Trochys machte nun zu dieser Erklärung noch bemerkenswerte Ausführungen, welche die Richtlinien der Politik der Petersburger Regierung scharf kennzeichnen. Er betonte zwar, daß er die Ukraine als unabhängigen Staat anerkenne, das sei aber nicht als bedeutend mit der Anerkennung der ober jener Regierung der Ukraine. Die Haltung der russischen Regierung sei um so mehr berechtigt, als die internationale rechtliche Stellung der Ukraine noch im Werden begriffen sei. Die ukrainische Abordnung habe seinerzeit nicht gegen Trochys Auffassung protestiert, daß wegen der Festlegung der Grenzen der Ukraine vorher eine Einigung der Russen und Ukrainer notwendig erscheine. Er gina dann überhaupt auf die allseits beobachteten Absichten der russischen Randvölker ein, sich vom russischen Staat zu trennen, und meinte, die Mittelmächte dürften die Bedeutung dieser Entwicklung nicht überschätzen. In den Randgebieten seien jetzt gerade jene Klassen des früheren russischen Zarenreiches für Los-trennung vom russischen Reich, die unter dem alten Regime in hartnäckigster Weise für die Zentralisation eingetreten seien, und zwar je mehr die Maximalisten ihre Macht im Lande befestigten. Würden aber die besitzenden Kreise in Rußland siegen, dann würden sie sofort wieder zu Trägern des Zentralisationsgedankens werden. Jetzt, wo auch Vertreter der ukrainischen Maximalisten in der russischen Abordnung seien, mußte er mit doppeltem Nachdruck wiederholen, daß nur derartige Abkommen mit der bürgerlichen Regierung der Ukraine Anerkennung finden könnten, welche auch von Seiten der russischen

Delegation anerkannt würden. Auf diese Ausführungen der sozialistischen Redner antwortete dann der Vertreter der bürgerlichen Regierung der Ukraine, und wies darauf hin, welche Gewaltmittel die russischen Maximalisten anwenden, um ihrer Anschauung Geltung zu verschaffen. Sie unterdrücken die Zeitungen, jagen politische Versammlungen auseinander, verhaften und erschließen Politiker, und trachten, durch falsche und tendenziöse Schilderungen über die Autorität der einen oder anderen jungen Republik deren Ansehen zu untergraben. In der Absicht, die Fremdvölker unter der russischen Macht zu halten, treffen sich die Maximalisten mit allen vorgehenden russischen Regierungen, und die Mittel dazu seien die gleichen. Das Selbstbestimmungsrecht sei nur proklamiert worden, um diesen Grundsatz in der Praxis umso entschiedener bekämpfen zu können. Der Vertreter der ukrainischen Abordnung machte dann noch die bemerkenswerte Mitteilung, daß die Kiewer Rada tatsächlich aus den Vertretern der ukrainischen Arbeiter, Soldaten und Bauern geschaffen wurde, die aber auch aus den Reihen der Intelligenz und der nicht ukrainischen Bevölkerung Mitarbeiter herangezogen hätten. Die Rada vertrete also tatsächlich den Willen des ukrainischen Volkes. Die Petersburger Regierung habe also keinen Grund zur Einmischung in die Verhältnisse der Ukraine. Die Regierung, auf die sich die Maximalisten berufen, sei von nichtukrainischen Soldaten gebildet, und nun verlange die Petersburger Regierung, daß das ukrainische Volk die Regierung von solchen Soldatenräten annehme, während sie andererseits für die Abstimmlung in den besetzten Gebieten fordere, daß fremde Truppen fortzuführen seien. Daß sich die ukrainische Rada auf die breitesten Volksmassen stützt, geht aus den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung hervor, wo 75% der Stimmen für die Rada abgegeben wurden. Die Vertreter der Volkskommission von Charkow seien noch nicht einmal berechtigt, für die ganze Stadt zu sprechen, viel weniger für die ukrainische Republik. Auf diese klaren Worte des ukrainischen Vertreters hin erklärten die Vertreter der Verbündeten, daß sie auch weiterhin bereit seien, mit den Vertretern der Rada zu verhandeln, und daß sie die ukrainische Volksrepublik als unabhängigen, freien und souveränen Staat anerkennen, der in der Lage sei, selbständige Abmachungen zu treffen.

Herr Trotsky protestierte dagegen mit dem Hinweis, daß es den Mittelmächten schwer fallen dürfte, die geographischen Grenzen der Ukraine anzuweisen, was für die Friedensverhandlungen nicht gleichgültig sei. Aber dieser Einwand wird wohl bei der Gestaltung der Beziehungen der Mittelmächte zu der Ukraine nicht von Bedeutung sein. Wenn die Petersburger Regierung ihre Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht übrigens weiter so propagiert wie in der Ukraine und in Finnland, dann wird sie wohl bald am Ende ihrer Kunst sein. O. S.

Die Gewalt Herrschaft der Maximalisten in Finnland.

(WTB.) Stockholm, 4. Febr. Wie „D. Nyheter“ erfahren, mehrten sich in Helsingfors die Ermordungen von Bürgern durch Rote Gardisten. Im Zeichenhaus sind bereits 30 Leichen aufgestapelt. Gestern wurden auch mehrere Maschinengewehre aufgestellt und das ganze Theater von Helsingfors demoliert. Unter den von den Roten Gardisten Erschossenen befinden sich der frühere Volkskommissar Aileforow und der Redakteur Helme. Die in Helsingfors wohnenden Schweden versuchen eiligst abzufahren. Die Roten Gardisten haben auch den ganzen Goldvorrat der Finnischen Bank weggeschleppt.

Die Haltung der bürgerlichen Regierung in Finnland.

(WTB.) Helsingfors, 2. Febr. v(Soensta Tel.-Bur.) Nachdem der Landtag und die rechtmäßige Regierung von den Revolutionären verhindert wurden zu funktionieren, erklärt der Zentralverband der Beamten die Absicht, mit Genehmigung des Präsidenten Spinhufvud jede kulturelle Arbeit bis zur Wiederherstellung der Ordnung abzulehnen. Für Eisenbahnbeamte werden besondere Vorschriften erlassen. Ärzte und Krankenpfleger sollen nach eigener Prüfung handeln. Allein die Lebensmittelverwaltung darf, wenn möglich, ihre Tätigkeit fortsetzen. Die Zensur wird verschärft. Die Weiße Garde nahm die Städte Jyväskylä und Rovaniemi ein.

Finnland protestiert bei Deutschland gegen die russischen Wucherschaften.

(WTB.) Berlin, 4. Febr. Der finnische Geschäftsträger, Staatssekretär Gripenberg in Stockholm, hat dem dortigen kaiserlichen Gesandten einen Protest der finnischen Regierung gegen die russische Regierung übermittelt, in dem es heißt: Die russische Regierung hat zwar die Selbständigkeit Finnlands anerkannt, aber mit der Wegnahme der russischen Truppen aus Finnland noch nicht begonnen. Diese russischen Truppen bilden nicht nur ein

Umkämpfte Bekanntmachungen.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, dafür zu sorgen, daß bei Hausbesichtigungen das jeweilige Schlaggewicht genau und pünktlich festgestellt und in die Vollzugsberichte eingetragen wird. Eine Nachprüfung an Ort und Stelle ist in Aussicht genommen.

Calw, den 2. Februar 1918.

Kgl. Oberamt: Binder.

Ueberwachung zwecks Brennstoffersparnis bei größeren Heizungsanlagen.

1. Gemäß I der Verfügung des Ministeriums des Innern über die Brennstoffersparnis bei größeren Heizungsanlagen (St.-Anz. Nr. 23 v. 28. Januar 1918) haben die Vorstände der Kommunalverbände eine ständige sachliche Ueberwachung des Heizbetriebes und Brennstoffverbrauches für größere Heizanlagen, insbesondere Zentralheizungen zur Erzielung größter Ersparnis im Kohlenverbrauch einzurichten.

Bei der Ueberwachung wird das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, ob die Anlagen technisch in Ordnung sind, ob sie richtig bedient werden, ob die zur Brennstoffersparnis erforderlichen Maßnahmen (Einschränkung des Heizumfangs, der Heizwirkung und der Heizdauer) auch tatsächlich durchgeführt werden.

Auch sind die mit der Bedienung der Heizanlagen betrauten Personen über Einrichtung und Bedienung der Anlagen, sowie über Zweck und Wirkung der getroffenen Anordnungen zu unterrichten. Dabei sind die in der Regel bei jeder Zentralheizung vorhandenen, vom Verfertiger der Heizung aufgestellten Anweisungen und die in den Anlagen zur Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 18. Oktober 1917 enthaltenen Richtlinien und Unterlagen zu Merkblättern zugrunde zu legen.

2. Die Mitglieder der Ortsfeuerwehr, Oberfeuerwehr und Wohnungsaufsicht haben bei ihren Umgängen ihr Augenmerk auch auf den Heizbetrieb und den Brennstoffverbrauch zu richten, und ihre Wahrnehmungen, getrennt von ihrem ordnungsmäßigen Bericht, dem Oberamt umgehend zu melden.

3. Mit der Ueberwachung der Heizanlagen ist das Bez.-Ratsmitglied Herr Gustav Heinrich Wagner in Calw betraut worden.

4. Die (Stadt-)Schulheizenämter melden bis 10. Februar dem Oberamt namentlich die Eigentümer von Gebäuden, in denen sich Zentralheizungen befinden.

Calw, den 2. Februar 1918.

Kgl. Oberamt: Binder.

Hindernis für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Lande, sondern tragen auch dazu bei, daß Morde, Brandstiftungen und andere Schandtaten verübt werden. So hat der Kommissar für Kriegsangelegenheiten der russischen Regierung dem in Wiborg stationierten Militär den Befehl gegeben, die in der Stadt zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingeführten Schutztruppen zu entwaffnen und mit ihren Waffen die Arbeiter zu bewaffnen, die blutige Massenunruhen in der Stadt verursacht haben. Ein solches Verfahren eine schwere Kränkung Finnlands als selbständiger Staat ist, legt die finnische Regierung Protest gegen diese Maßnahmen ein und bringt dies zur Kenntnis aller derjenigen Mächte, die die Selbständigkeit Finnlands anerkannt haben.

Schweden und die Revolution in Finnland.

(WTB.) Stockholm, 3. Febr. Gestern sprachen die Vertreter von 40 schwedischen Zeitungen dem schwedischen Staatsminister und dem Minister des Außern den Wunsch aus, für die freiwillige Teilnahme Schwedens an dem Kampf der finnischen Ordnungsfreunde gegen die Anarchie wirken zu wollen. Beide Minister erklärten, die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß ein offizielles Eingreifen jetzt nicht erfolgen könne.

Schweden und die Alandsfrage.

(WTB.) Stockholm, 2. Febr. Der König empfing heute eine Aländische Abordnung, die eine den von fast 8000 volljährigen Bewohnern der Insel unterzeichneten Wunsch auf Vereinigung Alands mit Schweden ausdrückende Adresse an den König und an das Volk Schwedens überreichte. Der König erklärte, er sei glücklich, sie zu empfangen und ihre Gefühle für ihr altes Vaterland zu erfahren. Er drückte den Wunsch aus, es möge der schwedischen Regierung im Einverständnis mit einem freien, selbständigen Finnland gelingen, einen Ausweg zu finden, um die Schwierigkeiten für die Verwirklichung des Wunsches der Bevölkerung Alands zu überwinden. Die Abordnung wurde auch von der Königin empfangen.

Die Kämpfe in der Ukraine.

(WTB.) Kiew, 1. Febr. Die Pet. Tel.-Ag. meldet: Die ukrainischen Regimenter Schewtschenko und Bogdan Georgiewski haben sich mit der gesamten Artillerieausrüstung den Sowjettruppen angeschlossen. Der Garnison weigern sich, gegen die Sowjets zu kämpfen. Die Sowjettruppen von Samara haben den Bahnhof von Syrt genommen und sich Kargany, der

letzten Station vor Orenburg, genähert. Die Kosaken Detoschki sind in Auflösung zurück und werfen alle Waffen weg. Neue Verstärkungen, gebildet aus Infanterie- und Artillerie-Einheiten, kommen den Sowjettruppen zu Hilfe. Bei Orenburg verfügten die gegenrevolutionären Truppen über erstickende Gas- und Explosivgeschosse.

Auf der Suche nach Lebensmitteln.

(WTB.) Berlin, 3. Febr. Infolge der zunehmenden Lebensmittelnot hat der Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg die Bildung eines Zentralausschusses zur Durchsuchung Petersburgs und des Eisenbannes nach Lebensmitteln und sonstigen Vorräten beschlossen. Für die Durchsuchung Petersburgs sollen 5000 Mann mobilisiert werden. Außerdem sollen Expeditionen zur Durchsuchung der umliegenden Kreise abgeschickt und auf allen Bahnhöfen Gepäckrevisionen zwecks Requirierung der Lebensmittel vorgenommen werden.

Beschlagnahme des Privatbesitzes durch die Maximalisten.

(WTB.) Bern, 2. Febr. „E. della Sera“ meldet aus Petersburg: „Nowaja Gisa“, das Blatt Maxim Gorkis, wurde trotz seiner extremen Tendenz wegen seiner Kritik an den Regierungsmassnahmen Lenins verboten. Man bereite einen neuen Erlass zur Beschlagnahme aller Goldwaren, Juwelen, sowie des Privatbesitzes vor. Wahrscheinlich werden auch die Juwelen in den Museen und Klöstern in die Beschlagnahme einbezogen werden. Ein anderer Erlass sieht die Enteignung sämtlicher Privathäuser in Petersburg vor. Diese sollen in Gemeindefiskus übergehen. Die Preise für Lebensmittel erreichen eine schwindelnde Höhe. Ein Kilo Kartoffeln kostet 6 Rubel. Zucker fehlt vollkommen. In den Kasernen der bolschewistischen Soldaten dagegen herrscht Ueberfluß. Die Lage führt täglich zu blutigen Zwischenfällen. Die Volksbeauftragten unterhandeln mit den Arbeitervertretern, die mit Verregelungsmassregeln drohen, weil die Räteregierung nicht für eine genügende Versorgung des Proletariats das Notwendige tue. Die Typhusepidemie mache rasende Fortschritte. Man fürchte sich vor der Pest, die von Soldaten durch ganz Rußland verbreitet werde.

Finanzielle Maßnahmen gegen die Ententegeandten.

(WTB.) Amsterdam, 2. Febr. Nach einem hiesigen Blatt erfahren die „Times“ aus Petersburg: Die Bolschewiki haben beschlossen, die Freigabe des auf englischen und anderen ausländischen Banken deponierten russischen Geldes dadurch zu erzwingen, daß sie den englischen und anderen fremden Konsulaten nicht gestatten, ihre bei den russischen Banken liegenden Gelder abzuheben. Die russischen Behörden organisieren jetzt eine Abteilung von 5000 Mann unter der Führung von 500 Instrukteuren, die binnen kurzem alle Läden, Vorrats- und Eisenbahnschuppen und Privatpeicher nach Lebensmittelvorräten absuchen sollen. Die Spekulanten, Hamsterer, Wucherer und ihre Mitschuldigen werden mit schweren Strafen bedroht. Die Lebensmittelrationen für verwundete und kranke Soldaten sind sehr klein geworden. Die Rote Garde beschlagnahmt selbst in den Krankenhäusern und auf der Straße Lebensmittel.

Die Zarenpolitik im Jahre 1904.

(WTB.) Berlin, 3. Febr. Unter den neuerlich veröffentlichten russischen Geheimdokumenten ist von besonderem Interesse eine Ende 1904 an den früheren Zaren von Rußland gerichtete Aufzeichnung des damaligen Ministers für auswärtige Angelegenheiten Grafen Lamdorff, in der dieser der deutschen Regierung das Bestreben unterstellt, die freundlichen Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich zu fördern, und sich aus diesem Grunde sehr referiert zu einer damals in Frage stehenden engeren Annäherung zwischen Deutschland und Rußland äußert. Auf diese Aufzeichnung hat der frühere Zar von Rußland folgende Resolution gesetzt: „29. Oktober 1904. Nicht völlig einverstanden mit Ihnen. Sie sehen aus meiner Antwort auf das Telegramm des Deutschen Kaisers, daß ich gegenwärtig für eine derartige Verständigung mit Deutschland und Frankreich kräftig wirke. Dies wird Europa von der maßlosen Freiheit Englands befreien und in der Zukunft höchst nützlich sein.“ — Wenn diese Absichten des Zaren erreicht worden wären, hätten wir heute keinen Krieg. Dann hätte England nicht die Hilfstruppen für seine Vereinigungspläne zusammenbekommen. Die Schriftl.

Die Friedensbedingungen der Türkei gegenüber Rußland.

Der Petersburger „Dziennik Polski“ meldet: Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht die von der türk. Delegation in Brest-Litowsk vorgeschlagenen Friedensbedingungen mit Rußland. Sie lauten: Die Grenze zwischen Rußland und der Türkei bleibt dieselbe wie vor dem Ausbruch des Krieges. Die durch die Kriegsoperationen vernichtete Grenzlinie wird nach dem Protokoll der Demarkationskommission vom Jahre 1880 wiederhergestellt. Die türkische und die russische Regierung verpflichten sich, innerhalb zwei Jahren nach dem

Friedensschluß auch See- und Handelsverträge zu schließen. Innerhalb dieser Zeit sichern beide Staaten den Staatsangehörigen der Gegenpartei die Rechte einer besonders freundschaftlichen Nation. Beide Teile entschädigen einzelne Zivilpersonen für die infolge der Liquidation oder der Requisition davongetragenen Schäden. Beide Staaten verpflichten sich, die Unabhängigkeit Persiens und sein Recht auf freie Entwicklung anzuerkennen. Alle bisherigen nationalen Verträge, betreffend die Abgrenzung der fremden Interessen- und Einflußsphären in Persien werden außer Kraft gesetzt. Sowohl russische wie türkische Truppen räumen die besetzten persischen Gebiete. In dem zur Schließung eines See- und Handelsvertrages festgesetzten Termin erhalten die russischen Schiffe das Recht der freien Schifffahrt auf den Gewässern der Dardanellen und des Bosporus unter der Bedingung, daß sie sich an die bestehenden Gesetze und territorialen Bedingungen halten werden. Die türkischen Schiffe erhalten das Recht der freien Schifffahrt auf den Gewässern der Krim und von Now. Rußland verpflichtet sich, alle seine Truppen von der vor dem Kriege bestehenden russisch-türkischen Grenze zurückzuziehen und auch alle Zivilinstitutionen aus den besetzten Gebieten innerhalb von sechs bis acht Monaten nach dem Friedensschlusse zu evakuieren. Die russische Armee wird demobilisiert, die armenischen Abteilungen aufgelöst. Zum Schutze der russischen Grenze soll höchstens eine Division im Raum von 150 Kilometer verbleiben. Rußland verpflichtet sich, nicht mehr als eine Division an der türkischen Grenze auch zu Übungszwecken zu konzentrieren. Da die Türkei an anderen Fronten den Krieg fortzuführen gezwungen ist, bleibt deren Armee auch weiterhin auf dem Kriegsfusse bestehen. Die russische Flotte wird nach dem Friedensschlusse demobilisiert, die russischen Minen aus dem Schwarzen Meere herausgefischt. Die Türkei verpflichtet sich, ebenfalls alle ihre Minen zu entfernen.

Aus dem feindlichen Lager.

Schluß der Pariser Konferenz.

(W.B.) Paris, 4. Febr. (Ag. Havas.) Die Arbeiten der Konferenz der Alliierten wurden am Samstag nachmittag beendet. Die im Laufe der Sitzungen gefassten Beschlüsse ergaben eine vollständige Uebereinstimmung der Ansichten der alliierten Mächte und sind dazu angetan, auf die Führung des letzten Kriegesabschnitts einen großen Einfluß auszuüben. Eine amtliche Rundgebung darüber wird vermutlich Sonntag abend in Rom, Paris und London erfolgen. Lloyd George, Orlando und Sonnino verabschiedeten sich in Versailles von Clemenceau und kehrten nach ihren Hauptstädten zurück. Nach den Ergebnissen der Konferenz am späten Samstag nachmittag befragt, erklärte Clemenceau: „Alles, was ich jetzt sagen kann, ist, daß die Ergebnisse sehr glückliche sind. Die Sitzung am Samstag nachmittag war besonders befruchtend und ich darf sagen, daß die hervorragenden Vertreter der Alliierten, mit denen ich mich soeben während zweier Tage unterhalten konnte, von Frankreich den Eindruck bekommen haben, den ich ihnen übermittelt habe.“

Zusammenfassung des Entente- und neutralen Schiffsraums.

(W.B.) Washington, 2. Febr. (Reuter.) Das Schiffsamt teilt die Ernennung eines Ausschusses mit höchster Befehlsgewalt über die amerikanische, alliierte und neutrale Schifffahrt mit, die aus den amerikanischen Häfen ausgehe. Es wird ein Schiffsabteilungsgebilde. Die für Uebersee bestimmten Güter werden auf dazu geeigneten Schiffen verladen werden, gleichviel ob es sich um amerikanische oder alliierte Schiffe handelt. Mit Hilfe der Eisenbahnverwaltung wird das Schiffsamt eine Reihe von Waren auf südliche Häfen verteilen, die bisher im New Yorker Hafen hemmten. Die einfahrenden Schiffe werden auf drahtlosem Wege nach benachbarten Häfen gelenkt, wo Güter von größerer Wichtigkeit auf die Verschiffung warten.

Eine neue Rede des japanischen Außenministers.

Berlin, 4. Febr. Die „Post. Ztg.“ bringt die Rede des japanischen Ministers des Auswärtigen, Baron Motono, die er am 25. Januar im Oberhaus hielt und in der er u. a. erklärte, daß Deutschland während des Krieges eine Macht entwickelt habe, die kaum vorausgesehen war und die zweifellos die Welt in Erstaunen versetzt habe. Mit der Niederwerfung Belgiens, Rumaniens, Serbiens und Rußlands, mit der Vernichtung der besten italienischen Armeen sei die Macht Deutschlands in außerordentlichem Maße gestiegen. Von einem Niedergang dieser Machtstellung sei heute noch kaum etwas zu spüren. Solange Deutschland im Stillen Ozean die Möglichkeit habe, sich eine beachtenswerte Basis zu schaffen, sei Japan an der Entwicklung der Dinge in Europa nur soweit interessiert, als von dieser Entwicklung die nationalen Bestrebungen berührt werden. Nun stehe aber Deutschland im Begriff, einen Sonderfrieden mit Rußland zu schließen. Der Zerfall des russischen Reiches würde Deutschland die Möglichkeit geben, seinen Einfluß in Rußland zu festigen. Infolge seiner Machtstellung sei Deutschland der am meisten zu be-

achtenbe Segner, dessen Ausbreitung am Stillen Ozean Japan unter keinen Umständen zulassen dürfe. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk würden daher von der japanischen Regierung mit größtem Interesse verfolgt, da von ihrem Ausgang auch die Interessen Japans in starkem Maße mittelbar berührt werden.

Bermischte Nachrichten.

Besprechungen in Berlin.

(W.B.) Berlin, 3. Febr. Zur Teilnahme an Beratungen über politische und wirtschaftliche Fragen aus dem gemeinsamen Interessengebiet Deutschlands und Oesterreich-Ungarns werden wie wir erfahren, morgen der Staatssekretär v. Kühlmann, Minister des Aeußern Graf Czernin und General Ludendorff hier eintreffen. Auch der deutsche Botschafter in Wien wird zu der Besprechung in Berlin erwartet.

(W.B.) Brest-Litowsk, 3. Febr. Staatssekretär v. Kühlmann und Minister des Aeußern Graf Czernin begaben sich heute nachmittag mit Begleitung zu kurzem Aufenthalt nach Berlin.

Deutsche Vergeltungsmassregeln.

(W.B.) Berlin, 3. Febr. Zu der in der deutschen Presse gemeldeten Verurteilung der englischen Fliegerleutnants Scholk und Wooken wird noch folgendes berichtet: Seit mehr als zwei Jahren werden von englischen Offizieren Flugblätter aufreizenden Inhalts hinter den deutschen Linien abgeworfen, um durch Wort- und Bildschändereien des guten Lebens der deutschen Gefangenen in England unsere Truppen zum Ueberlaufen zu verführen. Da bereits im März 1916 zwei deutsche Offiziere von der Entente vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt wurden, weil sie Flugblätter abgeworfen hatten, ein Urteil, das allerdings später in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt wurde; da ferner Frankreich angekündigt hat, es werde deutsche Flieger, die Flugblätter hinter den französischen Linien abwerfen, vor ein Kriegsgericht stellen, wurden als Vergeltungsmassregel diese beiden englischen Flieger nunmehr vor ein deutsches Kriegsgericht gestellt. Es wurden des vollendeten Kriegsverrates für schuldig befunden und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Verstärkung des Schweizer Grenzschutzes.

(W.B.) Bern, 2. Febr. Die Schweiz. Dep. meldet: Die allernächste äußere und innere Lage läßt es dem Bundesrat als notwendig erscheinen, die zurzeit für den Grenzschutz aufgestellten Truppen durch Bildung einer Reserve zu verstärken. Der Bundesrat hat beschlossen, auf den 6. Februar eine Infanteriebrigade, zwei Gendarm-Abteilungen und einen Zug einer Telegraphenkompanie weiter einzuberufen.

Di. Streikbewegung.

Die bürgerlichen Parteien gegen die Einberufung des Reichstags.

(W.B.) Berlin, 4. Febr. Wie das „V. Tögl.“ erzählt, ist den beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstags, die beim Reichstagspräsidenten die sofortige Einberufung des Hauses beantragt hatten, die Antwort des Reichstagspräsidenten zugegangen, die dahin lautet, daß sich die Vorsitzenden aller übrigen Fraktionen gegen den Antrag ausgesprochen haben und daß der Präsident daher dem Antrag nicht Folge geben könne.

Sozialistische Abgeordnete beim Reichskanzler.

(W.B.) Berlin, 2. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: die Abgeordneten Ebert, Haase, Ledebour und Scheidemann sind heute vormittag vom Reichskanzler zu einer Besprechung empfangen worden, an der auch dessen Stellvertreter von Payer, der Staatssekretär Wallraf und der preussische Minister des Innern Drews teilnahmen. Die Abgeordneten unterbreiteten dem Kanzler den Wunsch, bei den Militärbehörden darauf hinzuwirken, daß Vertrauensmänner der freiliegenden Arbeitergruppen erlaubt werden möge, in einer geschlossenen Versammlung über die durch den Streik geschaffene Lage zu beraten. Der Reichskanzler stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß die Regierung das Zustandekommen einer Versammlung, deren Beschlüsse darauf hinauslaufen könnten, geschwindige Handlungen gützuheissen, oder gar für ihre Fortsetzung einzutreten, nicht befürworten könne. Auch wenn die Versammlung zu dem Ergebnis führen würde, daß die Streikenden aufs neue den Antrag stellten, mit der Regierung zu verhandeln, würde dies die Lage nur verschärfen, da die Regierung auf einen solchen Antrag nur ablehnend antworten könnte. Solange deshalb keine Gewähr dafür vorliege, daß die Besprechung lediglich dahin wirken würde, den Streik zu beendigen und alle allgemeinen politischen Wünsche der Arbeiter künftig auf dem geschnitzten

Wege über die Volkvertreter an die Regierung gelangen zu lassen, könne diese den Vorschlag der Abgordneten nicht in Erwägung ziehen.

Landesverweigerische Vergehen.

(W.B.) Berlin, 2. Febr. Der erste Fall, der vor dem außerordentlichen Kriegsgericht für Berlin III zur Verhandlung kam, betraf den 30jährigen Dreher Heinrich Schulze. Der Angeklagte hat am 29. Januar, vormittags 6 Uhr, am Bahnhof Reinickendorf-Rosental an die mit der Bahn ankommenden Arbeiter, die in die Fabrik gehen wollten, Zettel verteilt, die zum Streik aufforderten. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten milde unter Umständen und erkannte wegen versuchten Landesverrats auf 4 Monate Zuchthaus, die in 6 Monate Gefängnis umgewandelt wurden. Der Angeklagte wurde in Haft gehalten.

(W.B.) München, 2. Febr. Der Polizeibericht teilt mit: In den gestrigen Streikversammlungen ließen sich dauerlicherweise mehrere Personen zu einer Handlung hinreissen, die gegen das Strafgesetzbuch verstößt. Ansolgebessenen mußten gestern abend und heute morgen sechs Männer und vier weibliche Personen vorläufig festgenommen werden. Unter ihnen befinden sich Schriftsteller Kurt Gliner und Frau Sarah Berch-Redinowiz, frühere russische Staatsangehörige.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 4. Februar 1918.

Das Eisene Kreuz.

Musketier August Weber von Holzbrunn hat zur Eisernen Verdienstmedaille auch das Eisene Kreuz erhalten.

Gefreiter Friedrich Claus von Nötenbach hat das Eisene Kreuz erhalten.

Gustav Jaus, Sohn des Gotthilf Jaus, Heizers in Calw, hat das Eisene Kreuz erhalten.

Beförderung.

Unteroffizier Jakob Menges von Ernstmühl ist zum Sergeanten befördert worden.

Perussjubiläum.

* Wie wir erfahren, beging die Lehrerin Braum an der städtischen Fortbildungsschule dieser Tage ihr 25 jähriges Dienstjubiläum. Die tüchtige und beliebte Lehrerin war in der langen Reihe von Jahren ihren Schölerinnen stets eine treffliche Erzieherin. Ebenfalls das 25 jährige Dienstjubiläum konnte die Leiterin der Kleinkinderschule, Frau Widmann, feiern. Der Verwaltungsausschuß sprach der Jubilarin für ihre erfolgreichen Dienste den Dank der Stadt aus.

Erhöhung der Tagelöhler und Diäten im Körperschaftsdienst.

Der Verein Württembergischer Körperschaftsbeamten hat das Ministerium des Innern gebeten, es möge in tunlichster Weise eine Aenderung der Bestimmungen über die Tagelöhler und Diäten im Gemeinde- und Amtskörperschaftsdienst vorgenommen werden. Bei dieser Neuregelung hat der Verein eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Tagelöhler für Ortsvorsteher und Körperschaftsbeamte, der Sitzungstagelöhler der Gemeinderäte, der Tagelöhler für die Berrichtungen außerhalb der Gemeindevertretungen und die Erhöhung der Diäten bei auswärtigen Amtsgeschäften im Auge. Der Verein hat ferner dem Justizministerium für öffentliche Notare, Rechtsanwälte und andere in Rechtsangelegenheiten tätige Personen eine Erhöhung des Tagelöhls von 5 M auf 8 M, der Vergütung für Reisekosten und Zehrungsaufwand um 50 v. H. vorgeschlagen. Für große und mittlere Städte sollte die Festsetzung eines Tagelöhls von 10 M für zulässig erklärt werden.


(S.B.) Tübingen, 3. Febr. Der Fuhrknecht Eugen Auser von hier hat am Abend des 22. Oktober v. J. in der Ammergasse den 47jährigen Wirt und Bäcker Ehmer aus dem Schlafammer herausgelockt, mit einem breiten, frisch geschliffenen Breitschwert niedergeschlagen und die zur Hilfe herbeigeeilte Frau Ehmer gleichfalls mit dem Schwert niedergestreckt. Weil noch Gäste in der Wirtschaft anwesend waren, mußte Auser flüchten, ohne das Ehepaar beraubt zu haben. Ehmer ist 14 Tage später an der Schädelverletzung gestorben, während die Frau trotz des erlittenen Schädelbruchs wiederhergestellt wurde. Während der Untersuchungshaft hat Auser, der eine belastende traurige Jugend hinter sich hat und vielfach erheblich vorbestraft ist, zwei gelungene Fluchtversuche unternommen und bei der zweiten Flucht mit einem anderen Gefangenen, Wilhelm Funt von Düsselhof, den Gefängniswächter überwältigt und mit einer Bierflasche schwer verletzt. Auser wurde wegen Totschlags zu lebenslänglichem Zuchthaus, wegen versuchten Raubs, versuchten Totschlags und Meuterei zu weiteren vier Jahren Zuchthaus, Funt wegen Meuterei zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Auser, der im Felde stand und sich als tapferer Soldat ausgezeichnet hat, bleibt im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seitzmann, Calw. Druck u. Verlag der V. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Calw, den 4. Februar 1918.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Schmerzerfüllt machen wir Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Gattin, unsere treubeforgte Mutter, Großmutter und Schwiegermutter



Gottliebin Stichel,
geb. Barth,

Samstag Abend nach schwerer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

Wilhelm Stichel, Uhrmacher,
Wilhelm Stichel jr., Kaufmann,
mit Frau Emma, geb. Feldweg,
und Töchterlein Emma,
Helene Stichel,
Marie Stichel,
Emma Stichel.

Beerbigung am Dienstag, den 5. Februar, 3 Uhr nachm.

Da uns in

Speise-Salz nur 300 Zentner

geliefert wurden und damit unsere Mitglieder nicht voll befriedigen konnten, ist es uns leider nicht möglich, die von Nichtmitgliedern gemachten Bestellungen auszuführen.

Spar- und Consumverein.

Hüte zum Neufaconieren

werden angenommen und nach neuestem Muster ausgeführt.

Marie Dorn, Fuggeschäft.

Arbeiter und Arbeiterinnen suchen

die Teinacher Mineraquellen.

Hilfsarbeiter, männliche und weibliche, grössere Anzahl, werden sofort angenommen

Kaeser & Walter, Bröckingen, (Ziegelei Vetter).

Weißer Kinderpelzkragen gefunden.

Abzuholen gegen Bezahlung der Anzeige in der Geschäftszt. ds. Bl.

Klavierstimmer Stahl

kommt wieder nach Calw und Umgebung. Adressen wolle man richten bis spätestens Donnerstag, 7. Februar, an Familie Dletsch, Teuchelweg Nr. 617.

Bestellungen auf Klee- und Grassamen

nimmt entgegen

H. Wiedenmayer, Javelstein.

Zimmer-Mädchen gesucht,

nicht unter 22 Jahren, das allen vorkommenden Arbeiten pünktlich und sauber vorstehen kann und schon in gutem Hause gedient hat.

Frau Eugen Speidel, Friedenstraße 28, Pforzheim.

Gebe gerne nettem jungen oder älterem

Mädchen

ohne Angehörige, das sich keiner Arbeit scheut, alle häusl. Arbeiten sorgsam ausführt, fleißig und von gutem Charakter ist, ein Heim und Gehalt nach Uebereinkunft.

Frau W. Hameln, z. Zt. Schömberg Schwarzwaldheim bei Wildbad.

Jüngeres braves

Mädchen

in kl. Familie bei guter Behandlg. gesucht.

Frau Johanna Abrecht, Pforzheim, Calwerstraße 68.

Lehrlingsgesuch.

Einen ordentlichen Jungen, der die Bäckerei erlernen will, nimmt in die Lehre.

H. Siebenrath, Brot- und Zwiebackbäckerei.

Adolf König
Stadtbaumeister
Leutnant d. L., z. Zt. im Felde

Eugenie König, geb. Herzog
Kriegsgetraut.

Calw, den 3. Februar 1918.

Landw. Consum-Verein Calw.
(e. G. m. u. H.)

Die **General-Versammlung**

findet am 16. Februar 1918, nachmittags 1 Uhr, im Gasthaus zur „Schwane“ hier statt.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Revisionsbericht.
4. Rückvergütung an die Ortsrechner. (Dieselben wollen ihre Rechnungen von 1917 mitbringen.)
5. Verschiedenes.

Die Jahresrechnung und Bilanz von 1917

sind von heute ab zur Einsicht der Mitglieder im Geschäftszimmer des Vereins aufgelegt.

Die Mitglieder werden zu zahlreichem Besuche der Generalversammlung eingeladen.

Calw, den 4. Februar 1917.

Der Vorstand.

Eine Freude

berichten Sie Ihren Ausmarschiertern, wenn Sie ihnen das Calwer Tagblatt ins Feld send.

Dennjacht.

Eine junge

Fahr-Ruh

und ein

Zucht-Rind

hat zu verkaufen

Jakob Maier.

1 Paar starke Stiere

gut im Zug, verkauft

Matthäus Kling, im Hau bei Calw.

Nötenbach.

Einen wachsam starkenschwarzen

Spiger

setzt dem Verkauf aus

Anna Maria Dengler Ww.

Javelstein.

Ein schön s starkes

Läufer-Schwein

unter 2 die Wahl, hat zu verkaufen

August Großmann.

Oberjesingen, Oberamt Herrenberg.

Sehe einen schönen 13 Mon alt

Zucht-Zarzen

Rotscheck, dem Verkauf aus

Friedrich Auser.

Obere Marktsir. 36.

J. Kölle

Kabinet für Zahnbehandlung und Zahnersatz

Calw

Empfangsstunden Werktags von 9-12 und 2-5 Uhr.

Obere Marktsir. 36.

Photographisches Atelier C. Fuchs, Calw

empfiehlt sich für

Vergößerungen

in bester Ausführung zu bekannt mässigen Preisen. — Telefon 8

Sämtliche Artikel und Arbeiten für Liebhaberphotographen.